



**Geschäftsführung  
Gesundheitsausschuss**

Kohlhof

Telefon: (0221) 24831

Fax: (0221) 26500

E-Mail: Kathrin.Kohlhof@STADT-  
KOELN.DE

Datum: 19.08.2019

**Niederschrift**

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 19.03.2019, 17:00 Uhr bis 18:25 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

**Anwesend waren:**

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Michael Paetzold	SPD
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Herr Sven Kaske	SPD
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Herr Joachim Heinlein	GRÜNE
Frau Ursula Röhrig	DIE LINKE
Frau Bettina Houben	FDP

**Beratende Mitglieder**

Herr Michael Winkler	auf Vorschlag der AfD-Fraktion
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis
Frau Sophie Sänger	TX Köln
Herr Dr. med Martin Theisohn	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Ulrich Krüger	Bürgerzentrum Ehrenfeld
Frau Sabine Stiller	CDU
Frau Dr. Christine Kuch	auf Vorschlag der Grünen
Herr Robert Gaida	auf Vorschlag der FDP

**Presse**

**Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Mehmet Akif Ayata	Mevana
Frau Gerdi Hugoth	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

### **Beratende Mitglieder**

Frau Stella Shcherbatova	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Elke Bussmann	SPD
Herr Dr. Tobias Jacquemain	auf Vorschlag der SPD
Herr Hartmut Steffens	auf Vorschlag der CDU
Herr Ahmet Edis	GOL
Frau Beate Hane-Knoll	auf Vorschlag von DIE LINKE

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Dr. Dr. Herbert Mück	Seniorenvertretung der Stadt Köln
---------------------------	-----------------------------------

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 A) 30 Jahre Sozialpsychiatrische Zentren in Köln - eine Bestandsaufnahme**
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 6 Beschlussvorlagen**
  - 6.1 Sportentwicklungsplanung der Stadt Köln  
0149/2019
  - 6.2 Bedarfsfeststellung zur weiteren Sicherstellung des Luftrettungsdienstes mit dem Intensivtransporthubschrauber (ITH) Christoph Rheinland  
3110/2018

6.3 Mobiles Drogenhilfeangebot in Neumarktnähe  
0558/2019

6.4 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln  
0987/2019

## **7 Mitteilungen**

7.1 Verwendung von Papierhandtüchern bei der Stadt Köln - zu AN/1310/2018  
0115/2019

7.2 Psychosoziale Betreuung von Flüchtlingen in Köln (AN/1514/2018)  
0615/2019

7.3 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht;  
Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen  
0340/2019

7.4 23. Bericht zur Situation Geflüchteter  
0473/2019

## **8 Mündliche Anfragen**

### **II. Nichtöffentlicher Teil**

**9 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

**10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**12 Beschlussvorlagen**

**13 Mitteilungen**

**14 Mündliche Anfragen**

## I. Öffentlicher Teil

- 1 **A) 30 Jahre Sozialpsychiatrische Zentren in Köln - eine Bestandsaufnahme**
- 2 **Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 **Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 4 **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 **Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 6 **Beschlussvorlagen**
- 6.1 **Sportentwicklungsplanung der Stadt Köln  
0149/2019**

RM Herr Paetzold meldet für seine Fraktion Beratungsbedarf an und bittet darum die Vorlage ohne Votum in die weitere Beratungsfolge zu schieben.

SE Herr Dr. Theison teilt mit, dass die Seniorenvertretung das Thema Sport als Primärprävention erkenne. Älteren Menschen sei es möglich, durch den Sport beziehungsweise durch Bewegung vielen Erkrankungen präventiv entgegenzuwirken. Man brauche Treffpunkte im Veedel. Er weist auf die Konkurrenz zwischen Senioren und Jugendlichen hin. Im Hinblick auf den Spielplatzplan führt er an, dass es sich um Bewegungsflächen für alle handle und weist darauf hin, dass dementsprechend auch die Bewegungsangebote für alle existieren müssten und fordert sogenannte Mehrgenerationengeräte. Darüber hinaus teilt er mit, dass die Seniorenvertretung selbst im Stadtteil Kalk eine Initiative begonnen habe und einen Bewegungstag installieren wolle.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fragt, ob die Verwaltung Stellung beziehen wolle.

Der Leiter des Sportamtes Herr Timmer teilt mit, dass die von SE Herr Dr. Theison angesprochene Thematik ein immanenter Bestandteil der Sportentwicklungsplanung sei. Er informiert darüber, dass im Haushalt Mittel für die Umsetzung der Maßnahmen des Sportentwicklungsplans in Höhe von 2,65 Mio € für die nächsten Jahre vorgesehen seien. Er teilt mit, dass zurzeit auch in Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund eine Aktion laufe, wo sich die Sportvereine in den Sporthallen, die am Sonntagmorgen nicht genutzt würden, mit niedrigschwelligen Gesundheits- und Bewegungsangeboten öffnen. Dabei seien die Zielgruppen Kinder sowie die ältere Generation gewesen. Dieses Projekt habe sehr gut eingeschlagen und wolle daher mit einer Folgeaktion „Sport im Park“, fortgesetzt werden, wo mit dem Verein zusammen diese niedrigschwelligen Angebote im öffentlichen Raum realisiert werden wollen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna bedankt sich und teilt mit, dass auf das anfängliche Bitten von RM Herr Paetzold ohne Votum aber mit Weiterschieben verfahren wird, sodass der Rat als Beschlussorgan erreicht werden kann.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln

- (1) nimmt das Gutachten zur Sportentwicklungsplanung der Stadt Köln gemäß Anlage 1 zur Kenntnis.
- (2) erkennt das Gutachten als Handlungsleitfaden für die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen von Sport und Bewegung in der Kölner Stadtgesellschaft an.
- (3) beauftragt die Verwaltung auf Basis des Gutachtens entsprechende Maßnahmen zu entwickeln und diese bei allen über die Geschäfte der laufenden Verwaltung hinausgehenden Maßnahmen den politischen Gremien unter Beachtung der bezirklichen Belange zur Entscheidung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Ohne Votum in nachfolgende Gremien verwiesen.**

**6.2 Bedarfsfeststellung zur weiteren Sicherstellung des Luftrettungsdienstes mit dem Intensivtransporthubschrauber (ITH) Christoph Rheinland 3110/2018**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna meldet für seine Fraktion Beratungsbedarf an. Ihnen wäre sehr daran gelegen eine Statistik zu bekommen. Denn nach den mündlich vorliegenden Informationen sei es so, dass die primären Einsätze innerhalb des Autobahnringes Köln in den letzten zehn Jahren deutlich abgenommen hätten. Das Haupteinsatzgebiet würde sich hinsichtlich der primären Einsätze auf den Autobahnring bzw. darüber hinaus auch in Rhein-Berg und Rhein-Sieg-Kreis darstellen. Es sei von Interesse ob dies tatsächlich so sei.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller weist darauf hin man verschlage nichts, wenn man die Sache ohne Votum in den Rat schiebe. Die Fragen seien bis zur Ratssitzung zu klären.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna bemerkt, es wäre hilfreich zeitnah das Zahlenmaterial zu bekommen.

RM Herr Paetzold schlägt vor, man könne den Beschluss splitten. So könne man heute nur über Punkt 1 abstimmen und den Punkt 2 vertagen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna schließt sich dem Vorschlag an. Zu Punkt 2 bitte man um die Beantwortung der Frage der Einsätze. Hier gehe es insbesondere um die Ausdifferenzierung primärer Einsätze versus der Verlegungen und dies nicht im Stadtgebiet Köln, sondern um den Autobahnring Köln und die Anzahl der Einsätze in den letzten zehn Jahren.

**Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem jetzigen Leistungserbringer, ADAC Luftrettung gGmbH, als Fluggerätebetreiber des Intensivtransporthubschrauber (ITH) „Christoph Rheinland“ inkl. Pilotenbesetzung, einen Interimsvertrag vom 01.07.2019 bis 29.02.2020 zu schließen.
2. Der Rat erkennt den Bedarf für die Sicherstellung der luftrettungsdienstlichen Leistungen mit dem Intensivtransporthubschrauber „Christoph Rheinland“ an und beauftragt die Verwaltung die Leistungen mittels einer europaweiten Ausschreibung für die Dauer von 10 Jahren auf der Basis des § 10 Abs. 2 RettG NRW in Verbindung mit § 13 Abs. 3 Satz 2 RettG NRW ab dem 01.03.2020 zu

beschaffen.

### **Abstimmungsergebnis:**

#### **Getrennte Abstimmung zu den Punkten 1 und 2.**

**Punkt 1: Einstimmig beschlossen**

**Punkt 2: Vertagung in die nächste Sitzung**

### **6.3 Mobiles Drogenhilfeangebot in Neumarktnähe 0558/2019**

RM Herr Paetzold fragt, mit welchen Trägern die Verwaltung für die Durchführung in Verhandlung sei.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau teilt mit, dass man momentan mit keinen einzelnen Trägern in Verhandlung sei, sondern dies für alle Träger, die interessiert sind öffnen und mit den Interessierten entsprechend verhandeln werde. Er teilt mit, dass Interesse daran bestehe einen Träger zu finden, der nicht nur das mobile Busangebot, sondern auch später das Interimsangebot zusammen behandle, also die Mitarbeitenden übernehmen könne.

SB Frau Houben fragt, wie der letzte Satz des ersten Absatzes in der Anlage 2 zu verstehen sei. Dort stehe Investitionsauszahlung für die Fahrzeugbeschaffung und in Klammern, 6.000€ Servicepauschale von der AWB. Da könne sie sich nichts drunter vorstellen. Sie fragt, ob man ihr den Begriff Servicepauschale erläutern könne

Die Leiterin des Gesundheitsamtes Frau Dr. Bunte erläutert, dass man in der Verwaltung an bestimmte Strukturen gebunden sei und sie im Nachhinein auch eine Servicepauschale für die Planung einer Impfstraße habe bezahlen müssen. Der geleistete Einsatz müsse entsprechend erstattet werden.

SB Frau Houben fragt erneut, was man genau unter dem Begriff Servicepauschale verstehe. Sie fragt, ob diese umfasse, dass beispielsweise irgendwann eventuell die Straße gefegt werde.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau erklärt, dass er sich sicher sei, dass die AWB die Fahrzeuge, also den städtischen Fuhrpark beschaffe und die Servicepauschale deshalb fahrzeugbezogen und nicht abfallbezogen sei.

RM Herr Paetzold merkt an, dass es sich um eine ziemlich teure Angelegenheit handeln würde. Man läge dann für 2020 bei 800.000€. Dies sei ungefähr die Summe die man auch für den stationären Betrieb geplant habe. Er fragt, ob die bereitgestellten 800.000€ auch für eine stationäre Einrichtung reichen würden oder ob man jetzt überproportional teuer sei, weil man sehr viel Personal vorhalten müsse, für dann doch wenige Plätze.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes Frau Dr. Bunte antwortet, es handle sich um dieselbe Analyse wie mit dem Konsumraum am Hauptbahnhof, der für die drei Plätze, im Vergleich zu den geplanten acht Plätzen, auch ein ganz anderes Grundverhältnis habe, weil die Grundstruktur zu liefern sei. In dem Fall sei es genauso, dass wenn man dann noch gut 300.000€ oben draufsetze, die für das feste Angebot mit den acht Plätzen kalkulierte Summe erhalte. Das Problem sei, dass man die grundlegende Struktur

aufbauen müsse, die die Höhe mache. Es gehe nicht entsprechend der Anzahl weiter, sondern es werde dann deutlich geringer. Dies sei in den Vorlagen nachlesbar.

**Beschluss:**

1. Der Rat beschließt für die Zeit, bis ein dauerhafter fester Standort in Neumarktnähe gefunden ist, vorübergehend ein mobiles Drogenhilfeangebot einzurichten, welches in zwei Fahrzeugen sowohl ein Beratungsangebot als auch die Möglichkeit zum Drogenkonsum bereitstellt, um dem Konsum illegaler Drogen im öffentlichen Raum in dem Bereich um den Neumarkt entgegenzuwirken.
2. Für die Beschaffung der o.a. zwei Fahrzeuge beschließt der Rat die Verwendung investiver Finanzmittel in Höhe von 206.000 €, die im Rahmen der in 2018 nicht umgesetzten Maßnahme „Drogenkonsumraum am Neumarkt“ im Teilfinanzplan 0701 Gesundheitsdienste zur Verfügung stehen.
3. Für die erforderlichen Aufwendungen des mobilen Drogenhilfeangebotes in Neumarktnähe in Höhe von insgesamt ca. 200.450 € in 2019 sowie von ca. 801.800 € ab 2020 stehen im Haushaltsplan 2019 sowie in der Mittelfristplanung zum Haushaltsplan 2019 ausreichend veranschlagte Haushaltsmittel im Teilergebnisplan 0701 Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen zur Verfügung.  
Da bislang noch kein fester Standort für einen Drogenkonsumraum am Neumarkt zur Verfügung steht, können die ursprünglich für den Betrieb dieses Drogenkonsumraums veranschlagten Mittel für den Betrieb des mobilen Angebotes verwendet werden.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig beschlossen**

**6.4 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln  
0987/2019**

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt Herrn Holger Bowe für die Selbsthilfe (bisher Frau Ute Schinke) und Herrn Ralf Beutelstahl für die Gesetzliche Krankenversicherung (bisher Herr Jürgen Engels) zu Mitgliedern der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen sowie Frau Felicitas Vorpahl-Allweins für die Seniorenvertretung der Stadt Köln (bisher Herr Dr. Dr. Herbert Mück) zum stellvertretenden Mitglied der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen.

Die Bestellung der genannten bisherigen Mitglieder und des stellvertretenden Mitgliedes wird aufgehoben.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig beschlossen**

**7 Mitteilungen**

**7.1 Verwendung von Papierhandtüchern bei der Stadt Köln - zu  
AN/1310/2018  
0115/2019**

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Herr Dr. Unna bezüglich der Verwendung von Papierhandtüchern bei der Stadt Köln, meldet sich RM Herr Dr. Strahl zu Wort

und fragt den Leiter der Abteilung Infektions- und Umwelthygiene des Gesundheitsamtes, Herrn Prof. Dr. Wiesmüller, wie Alternativen, die man anbieten müsse, zu bewerten seien.

Herr Prof. Dr. Wiesmüller erläutert, dass im Vergleich das Einmalprodukt hygienisch das sicherste sei. Aus der Umweltbelastungssituation heraus müsse man, wenn man beispielsweise Stoffhandtücher nehme, die gesamte Logistik der Aufbereitung etc. in Rechnung stellen. Ob das nachher umweltverträglicher sei als Papierhandtücher, könne er nicht abschätzen, ziehe er aber in Zweifel. Man müsse außerdem an die Handlufttrocken-Apparate denken. Auch hier müsse die Reißleine gezogen werden, da letztendlich durch das Entstehen der Aerosole eine Gefahr bestehe, dass Keime wieder an den Nutzer herangetragen würden. Wenn es zur Kontamination der Geräte komme, müssen diese gewartet werden. Aus hygienischen Gründen sehe er keine vernünftige Alternative zu den Einmalhandtüchern aus hygienischer Sicht.

RM Herr Paetzold fragt, ob in drei Monaten dennoch eine vollständige Antwort erfolge, weil dies in der Vorlage stehe.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau antwortet, dass hier das Dezernat VI verantwortlich sei und er dies gerne weiterleite, sodass eine Antwort von dort erfolge.

## **7.2 Psychosoziale Betreuung von Flüchtlingen in Köln (AN/1514/2018) 0615/2019**

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Herr Dr. Unna, merkt RM Herr Paetzold an, es sei wunderbar, dass man es geschafft habe, die Flüchtlinge in die Regelversorgung zu bringen, nur habe dies im Bereich der psychiatrischen, psychosomatischen oder psychologischen Betreuung keinerlei Relevanz. Selbst für deutschsprachige Menschen mit Bedarf einer Psychotherapie lägen die Wartezeiten bei 3-6 Monaten. Für Menschen deren Muttersprache nicht Deutsch sei und die daher einen Fremdsprachler/in für die Therapie bräuchten, sei es ungleich länger. Dass diese Menschen im Regelsystem seien, hieße also bloß, dass die Stadt nicht mehr verantwortlich sei. Dementsprechend bedeute dies nicht, dass die Situation dieser Menschen sich in irgendeiner Weise gebessert habe.

## **7.3 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht; Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen 0340/2019**

SE Herr Dr. Theison problematisiert die grüne Markierung einiger Aspekte, die er nicht verstehen könne. Im Bereich Wohnen wolle man 1000 öffentlich geförderte Wohnungen, Sozialwohnungen und Seniorenwohnungen schaffen und das sei alles grün markiert und dann stelle man fest, es seien nicht 1000 pro Jahr, sondern weniger als 300. Zudem seien bei Bedarf keine freien Seniorenwohnungen auffindbar. Wenn ein Ziel offensichtlich nicht erreicht werde, könne dies entsprechend nicht grün markiert werden.

Darüber hinaus sei auch die Barrierefreiheit der Stadtbahnhaltestellen grün markiert. Dabei wisse jeder, dass die nächste Rolltreppe defekt sei. Es gebe ganz offensichtlich Mängel, die man gegebenenfalls verändern müsse. Klar sei jedoch, dass auch dieser Bereich nicht grün markiert werden könne.

Auch im Bereich der Sozialhilfen sei alles grün markiert. Die Beratungslandschaft sei toll und es bekomme jeder seinen Ausweis, wie er ihn haben wolle, aber man wisse,



dass dies nicht stimme. Man bekomme den Schwerbehindertenausweis eventuell frühestens nach einem halben Jahr und dennoch sei dieser Aspekt grün markiert. Außerdem fragt er nach Bewegungsräumen innerhalb des Bereichs der altengerechten und barrierefreien Stadtquartiere, denn dort sei bisher nichts passiert.

Schließlich sei problematisch, dass im Bereich Sucht, Behinderung und ähnlichem behinderte Senioren nicht vorkommen. Alle Beispiele seien nicht im Seniorenbereich. 2/3 der anerkannten Behinderten seien über 60 Jahre alt und darauf müsse man bei der Lebenslagenforschung eingehen, jedoch gebe es keinen einzigen Hinweis darauf.

Daraufhin teilt der Beigeordnete Herr Dr. Rau mit, dass man sich die Ampellogik vergegenwärtigen müsse. Dabei handle es sich um eine Feststellung. Die Markierung zeige nicht an, inwieweit ein Projekt abgeschlossen, sondern wie weit der Planungsstand oder der Planumsetzungsstand sei. Demnach könne eine grüne Ampel durchaus bedeuten, dass die Ist-Situation erfasst sei, obwohl noch keine Änderung wahrzunehmen sei. Daher sei die Ampellogik an dieser Stelle richtig ausgeführt. Zu der Situation der behinderten Senioren könne er den Ausführungen des SE Herr Dr. Theison nur zustimmen. Man habe einen Lebenslagenbericht, zu dem man beauftragt worden sei, gerade in Entstehung, welcher am Ende des Jahres 2019 fertig sei. Dieser sei genau an Lebenslagen orientiert und berücksichtige auch die verschiedenen Lebensphasen. Außerdem fordert er den SE Herrn Dr. Theison auf, seine starke Stimme zu nutzen, die Thematik in die Gremien einzubringen und entsprechende Anträge zu stellen. Ein fortwährender Verbesserungsprozess sei notwendig.

Frau SB Röhrig bestätigt, dass die grüne Markierung nicht den Abschluss kennzeichnet.

RM Herr Paetzold berichtet aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren von der vergangenen Woche, dass Herr Oster, der neue Leiter des Amtes für Integration und Vielfalt, die Kritik, die im Ausschuss bezüglich der Ampelschaltung geäußert worden war, angenommen und für den nächsten Bericht eine Änderung zugesagt habe.

#### **7.4 23. Bericht zur Situation Geflüchteter 0473/2019**

RM Herr Paetzold teilt mit, er habe gelesen und gehört, dass in der Notaufnahme Herkulesstraße wieder eine kinderärztliche Sprechstunde stattfindet und fragt, ob es auch eine Sprechstunde für Erwachsene gebe. Zudem habe man festgestellt, dass es keine Hebammen mehr gebe, weswegen er fragt, ob entsprechende Pläne vorlägen, diese wieder in die Beratung zu bringen. Letztlich sei berichtet worden, dass das Land für das vergangene Jahr 2018 noch einmal Verhütungsmittel, also Kondome und entsprechende Informationsschriften zur Verfügung gestellt habe. Er fragt nach, ob in dem Bereich auch Mittel für 2019 zur Verfügung stünden.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes Frau Dr. Bunte erläutert, man habe die kinderärztliche Sprechstunde in Abstimmung mit den Kölner Kinderärzten aufgrund der hohen Anzahl der anwesenden Kinder, die man nicht mehr in die umgebenden Praxen vermitteln konnte, eingerichtet. Allerdings sei es bereits vor zwei Wochen gelungen, diese wieder einzustellen. Bei den Erwachsenen habe sich die Frage nicht gestellt, weil man mit der Flüchtlingsmedizin regelmäßig vor Ort gewesen sei. Man sei weiterhin regelmäßig vor Ort und biete entsprechende Impfangebote an.

Bei den Hebammen habe es sich um solche gehandelt, die über das DRK und über verschiedenste Mittel gekommen seien und diese wahrscheinlich wieder eine Stelle finanzieren werden könnten. Allerdings komme das große Problem dazu, dass man mit Zeitverträgen niemanden halten könne. Bei einem Mangelberuf wie der der Hebammen seien die kurzen, zeitlich befristeten Verträge das Problem. Laut Auskunft aus der letzten Woche habe man aber zurzeit wieder eine Hebamme. Man sei optimistisch, habe aber eine hohe Fluktuation in diesem Bereich. Bei den Krankenpflegekräften werde es eine Vorlage geben, damit eine dauerhaft gute Lösung für die großen Notaufnahmen sowie die vielen kleineren Einrichtungen gefunden werden könne.

Zur sexuellen Gesundheit gebe es immer noch Landesmittel, die durch die unterschiedlichen Träger auch entsprechend weiterverteilt würden. Die Mittel stünden weiterhin zur Verfügung, sodass dem auch Rechnung getragen werde.

## **8 Mündliche Anfragen**

RM Herr Kaske thematisiert die Dringlichkeit der Container am Flughafen. Er fragt, ob es im Rahmen der Sondierung seitens des ADAC Fortschritte bezüglich der Container am Flughafen gebe.

Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner teilt mit, er habe gestern mit dem ADAC in dieser Sache telefoniert. Dieser habe schon Vorstellungen geschickt und sich bereit erklärt, auch wenn die Ausschreibung noch nicht auf dem Weg sei, im Vorgriff jetzt die konkrete Planung für eine doppelstöckige Containeranlage für den ITH zu machen. Sobald die Planung vorliege, werde man diese mit dem ADAC abstimmen und besprechen wie man die Beschaffung schnellstmöglich durchführe. Falls bis zum Sommer keine Ergebnisse verzeichnet würden, man wisse es gebe viele Hinderungshürden, werde man auf jeden Fall sicherstellen, dass ausreichend Kühlgeräte in den Containern vorhanden seien. Es werde alles getan, damit die Mitarbeiter keine übermäßige thermische Belastung hätten.

SE Herr Dr. Theison merkt an, ihm sei berichtet worden, dass im Krankenhaus Holweide sowohl die Cafeteria als auch der Kiosk zurzeit stillgelegt seien.

RM Herr Paetzold teilt mit, dass der Aufsichtsratsvorsitzende sich normalerweise nicht um die Kioske kümmere, da dies operatives Geschäft sei, er aber gerne Rücksprache halte und dies auf jeden Fall geklärt werde.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fragt, ob die festgestellten erheblichen Brandschutzmängel im Hangar ebenfalls abgestellt oder noch gegenwärtig seien.

Auf Nachfrage von Stadtdirektor Herrn Dr. Keller präzisiert der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna die erheblichen Brandschutzmängel. In dem Hangar, in dem sich Fluggeräte mit Kerosin befänden, gebe es auf der rechten Seite Schränke mit Material, was an sich bereits ein Verstoß sei. In diesen Schränken befänden sich Sauerstoffflaschen. Die Kombination von Kerosin und Sauerstoff sei in geschlossenen Räumen ein klarer Verstoß gegen die Brandschutzvorschriften. Er fragt, ob die Verstöße mittlerweile ausgeräumt seien.

Stadtdirektor Herr Dr. Keller teilt mit, dass man keine Kenntnis hierüber habe und dem nachgehe.

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 9      Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 10     Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 11     Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 12     Beschlussvorlagen**
- 13     Mitteilungen**
- 14     Mündliche Anfragen**